Gesetz
zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes
über Parteien und andere politische Vereinigungen
— Parteiengesetz —
vom 22. Juli 1990

§ 1

Der § 5 Abs. 2 des Parteiengesetzes in der Fassung des Gesetzes vom 31. Mai 1990 zur Änderung des Gesetzes über Parteien und andere politische Vereinigungen — Parteiengesetz — der Deutschen Demokratischen Republik wird gestrichen.

§ 2

Nach § 13 des Parteiengesetzes in der Fassung des Gesetzes

Das vorstehende, von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am zweiundzwanzigsten Juli neunzehnhundertneunzig beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den zweiundzwanzigsten Juli neunzehnhundertneunzig

Die Präsidentin der Volkskammer
der Deutschen Demokratischen Republik
B e r g m a n n - P o h l

vom 31. Mai 1990 zur Änderung des Gesetzes über Parteien und andere politische Vereinigungen — Parteiengesetz — (GBl. I Nr. 30 S. 275) wird § 13 a in folgender Fassung eingefügt:

„§ 13 a

Der Zusammenschluß (Fusion) von Parteien, die auf dem Gebiet der DDR wirken, mit Parteien der Bundesrepublik Deutschland ist zulässig. Die durch einen solchen Zusammenschluß entstandenen gesamtdeutschen Parteien treten die Gesamtrechtsnachfolge der Vorgängerparteien an.“

§ 3

• Dieses Gesetz tritt mit seiner Veröffentlichung in Kraft.

Beschluß
der Volkskammer
der Deutschen Demokratischen Republik
zum Richtergesetz
— Ordnung über die Bildung und Arbeitsweise
der Richterwahlausschüsse —
vom 22. Juli 1990

In Durchführung des § 12 Abs. 4 des Richtergesetzes wird für die Bildung und Arbeitsweise der Richterwahlausschüsse folgendes bestimmt:

§ 1

Grundsätze

Zur Berufung der Berufsrichter durch den Minister der Justiz werden durch die Volkskammer folgende Richterwahlausschüsse gebildet:

- für die Berufsrichter des Obersten Gerichts:
der zentrale Richterwahlausschuß;
- für die Berufsrichter der Bezirks- und Kreisgerichte
Richterwahlausschüsse in den Bezirken und in Berlin —
Hauptstadt der DDR —.

§ 2

Mitgliedschaft im Richterwahlausschuß

Mitglied im Richterwahlausschuß ist, wer nach den Bestimmungen dieses Beschlusses dazu berufen wurde.

§ 3

Zusammensetzung

(1) Der zentrale Richterwahlausschuß gemäß § 12 Abs. 2 des Richtergesetzes berät in der Zusammensetzung von 6 Abgeordneten der Volkskammer und 4 Richtern.

(2) Die Richterwahlausschüsse gemäß § 12 Abs. 3 des Richtergesetzes beraten jeweils in der Zusammensetzung von 6 Abgeordneten, davon in der Regel einem Volkskammerabgeordneten, und 4 Richtern.

(3) Die für den jeweiligen Richterwahlausschuß berufenen Mitglieder entscheiden gemeinsam über die Zusammensetzung des jeweils beratenden Ausschusses, wobei das Verhältnis von 6 Abgeordneten zu 4 Richtern stets zu wahren ist.

§ 4

Bildung, Berufung

(1) Zum Mitglied im Richterwahlausschuß nach § 3 Abs. 1 werden berufen:

- Volkskammerabgeordnete durch Beschluß des Präsidiums der Volkskammer;
- Richter, die durch die Richterschaft gewählt wurden, durch Beschluß des Präsidiums der Volkskammer nach Bestätigung durch den Rechtsausschuß der Volkskammer.

(2) Zum Mitglied im Richterwahlausschuß nach § 3 Abs. 2 werden berufen:

- 2 Volkskammerabgeordnete, davon einer aus den Reihen der Regierungskoalition und einer aus den Reihen der Opposition, des jeweiligen Bezirkes bzw. von Berlin — Hauptstadt der DDR — durch Beschluß des Präsidiums der Volkskammer;
- 10 Abgeordnete der Kreistage und Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien Städte des jeweiligen Bezirkes durch Beschluß der Abgeordnetengruppe der Volkskammer beim Regierungsbeauftragten;
- 10 Abgeordnete der Stadtverordnetenversammlung von Berlin — Hauptstadt der DDR — durch Beschluß des Präsidiums der Volkskammer auf Vorschlag der Stadtverordnetenversammlung von Berlin;
- 5 Richter, die durch die Richterschaft des jeweiligen Bezirkes gewählt wurden, durch Beschluß des Präsidiums der Volkskammer nach Bestätigung durch den Rechtsausschuß der Volkskammer.

Der Regierungsbeauftragte schlägt der Abgeordnetengruppe der Volkskammer 10 Abgeordnete der Kreistage und Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien Städte zur Berufung vor. Dabei sollen die im jeweiligen Territorium vorhandenen Parteien und politischen Vereinigungen im Verhältnis der bei der Volkskammerwahl am 18. März 1990 erreichten Ergebnisse repräsentiert sein.